

„Wir stehen in den größten Transformationsprozessen seit 1945“

Für Othmar Karas, langjähriger Vizepräsident des Europaparlaments, muss sich die EU dem Kampf gegen die Abhängigkeiten von Washington, Moskau und Peking stellen

VON LUCIAN MAYRINGER

WIEN. Othmar Karas (VP) ist nach 25 Jahren im EU-Parlament nun Präsident des international renommierten Forum Alpbach. Im Interview mit den OÖNachrichten spricht er über die historischen Umbrüche und die Chancen für Europa.

OÖNachrichten: In der Kürze eines Arztbriefes – wie würden Sie den aktuellen Zustand der Europäischen Union beschreiben?

Othmar Karas: Herausgefordert. Belastet. Im Spannungsverhältnis zwischen Status quo verteidigend und Verantwortung für die Zukunft tragend.

In aller Munde ist die US-Sicherheitsdoktrin, in der die EU als „Treiber einer regulatorischen Erdrosselung“ beschrieben wird. Ist das Theaterdonner der Marke Donald Trump oder muss man diesen Angriff ernst nehmen?

Wir hätten die Sicherheitsdoktrin nicht gebraucht, um zu sehen, dass wir in den größten Transformationsprozessen seit 1945 stehen. Dafür hätte reichen müssen: der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, die Situation in Gaza, der Klimawandel, unsere Energieabhängigkeit, die Pandemie und damit die Lieferkettenabhängigkeit, die Wahl des Herrn Trump und der Sturm auf das Kapitol.

Mangelt es Europa einfach an Resilienz?

Das ist der Grund, warum wir für das European Forum Alpbach 2026 das Motto „How Europe Wins“ gesetzt haben. Das ist ein Offensivthema. Ich halte die Ellbogen-Mentalität mit „America first“, die zu Chaos, Nationalismus und Ohnmacht führt, für falsch. Wir müssen uns auf die Souveränität, auf die Stärke des demokratischen Teils des europäischen Kontinents besinnen und unsere Schwächen beseitigen.

Woran denken Sie bei Letzterem?

Es geht um die Energieabhängigkeit, die uns erpressbar macht. Um die Abhängigkeit von medizinischen Produkten und Werkstoffen aus China. Um die Digitalisierung und die KI, neue Technologien, wo wir uns von Amerika und vom asiatischen Raum abhängig gemacht haben. Und, Stichwort Ukraine, um die sicherheits- und verteidigungspolitische Abhängigkeit von Amerika. In all diesen Fragen haben wir noch viel zu wenig europäisches Denken und viel zu viel Nationalismus.

War da der Handelsdeal vom Sommer mit den USA, bei dem Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen große Zugeständnisse an Trump gemacht hat, nicht ein Fehler?



Karas beschwört die Stärke des europäischen Binnenmarktes.

Foto: Weibold

„Wir brauchen parteiübergreifende Zusammenarbeit, weil sich heute die wenigsten Fragen bis zum nächsten Wahltag lösen lassen.“

Überhaupt nicht. Das war eine kurzfristige Schadensminimierung nach der Erpressung durch Trump. Aber jetzt geht es darum, unsere Souveränität zu stärken. Der europäische Binnenmarkt besteht aus 450 Millionen Bürgerinnen und Bürgern, mit dem Vereinigten Königreich sind es 520 Millionen. Jener der USA aus 360 Millionen. Das Problem ist, dass unser Binnenmarkt zu fragmentiert, zu überbürokratisiert ist, mit zu vielen Barrieren und Blockaden. Deshalb reden wir in Alpbach über Wettbewerbsfähigkeit, Technologie, Infrastruktur, aber auch über den Rechtsstaat und die Vielfalt der Kulturen.

Da geht es auch um viel Geld, angesichts schwindender Staatskassen bei den Mitgliedern.

Nichtstun ist immer das Teuerste. Schulden in die Strukturen der Vergangenheit zu machen, ist teuer. Investitionen in die Zukunft

sind hingegen im Interesse der Bürger. Und ich halte die eindimensionale Finanzierung der EU über Mitgliedsbeiträge für falsch, weil es die politische Handlungsfähigkeit einschränkt. Es muss, wie im EU-Vertrag vorgesehen, eigene Einnahmequellen und Fonds für gemeinsame Investitionen geben.

Zurück zur US-Sicherheitsdoktrin. Washington spricht von der „unterdrückten Opposition“, die man in Europa unterstützen wolle. Gemeint sind rechtspopulistische, EU-kritische Parteien von der AfD bis zur FPÖ. Trauen Sie Trump zu, dass er damit die Union zerstören will?

Wir in Österreich haben zuletzt im Zweiten Weltkrieg erlebt, dass Nationalismus, Hass, Desolidarisierung nie Probleme löst, sondern neue schafft. Heute ist die Einheit Europas, ein Projekt, das noch nicht abgeschlossen ist, Trump genauso wie Putin ein Dorn im Auge. Autokratische Systeme und

Diktaturen fangen mit rechtsstaatlichen Demokratien nichts an. Das vereint sie, obwohl ich sie nicht auf eine Ebene stelle. Daher ist es so wichtig, dass wir die Integration, die Handlungsfähigkeit, die Entscheidungsfindungen, das innere Haus in Ordnung bringen, um Erweiterungen durchführen zu können.

Eine Realität ist, dass die Parteien der EU-Gegner in vielen Parlamenten der Mitgliedsstaaten stärker werden.

Das ist Teil der Demokratie. Unser Problem ist, dass der Entscheidungsbildungsprozess in der EU einem einzelnen Regierungschef die Macht gibt, die ganze Union zu erpressen oder zu blockieren. Eine Einzelperson kann eine Mehrheit und den ganzen Kontinent in Geiselschaft nehmen. Das meine ich mit Handlungsfähigkeit stärken.

Zur österreichischen Innenpolitik: Wie fällt Ihre erste Bilanz zur Arbeit der Dreierkoalition aus?

Ich glaube, der Zeitraum ist zu kurz, um ein Urteil zu fällen. Völlig klar ist, dass diese Koalition die angekündigten Reformen mutig und umfassend angehen muss. Und zwar von der Pensionsreform über die Staatsreform, die Föderalismusreform bis zur Gesundheitsreform.

Mit Christian Stocker als Kanzler hat es die ÖVP bisher nicht aus dem Umfragetief geschafft. Was sagen Sie denen in Ihrer Partei, die deshalb ein Comeback von Sebastian Kurz, zu dem Sie in kritischer Distanz standen, herbeisehnen?

Ich halte von solchen Personalspekulationen gar nichts. Gearbeitet muss werden, Ergebnisse müssen produziert werden, Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern muss zurückgewonnen werden.

Die ÖVP und Österreich müssen aktive Gestalter in der EU werden. Mir ist die Reduzierung der politischen Verantwortung auf parteipolitisches Taktieren oder das Schielen auf Meinungsumfragen viel zu dominant. Wir brauchen die parteiübergreifende Zusammenarbeit, weil sich heute die wenigsten Fragen bis zum nächsten Wahltag lösen lassen.

2028 steht die nächste Bundespräsidentenwahl an. Auch Ihr Name fällt in den Spekulationen über mögliche Kandidaten. Würde Sie das Amt in der Hofburg überhaupt reizen?

Kein Mensch von uns weiß, was in drei Jahren ist. Es freut mich, wenn ich für staatspolitische Ämter genannt werde, weil es meinem Selbstverständnis von parteiübergreifender Politikgestaltung entspricht. Aber wir haben einen sehr gut arbeitenden Bundespräsidenten. Ich halte die Debatte deshalb zum jetzigen Zeitpunkt für überflüssig.

„Heute ist die Einheit Europas Trump genauso wie Putin ein Dorn im Auge.“